

„Entschlossen, die Verantwortung zu übernehmen.“

Die erste Parteikonferenz der KPÖ am 14. April 1945

MANFRED MUGRAUER

Bereits am 14. April 1945, unmittelbar nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee, fand im Verbandshaus der Buchdruckergewerkschaft die erste Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Österreichs statt, mit der sich die seit zwölf Jahren illegale KPÖ als legale politische Kraft konstituierte. Offiziell firmierte die Versammlung als Bezirksleiterkonferenz der „Österreichischen Freiheitsbewegung“, sie wurde aber bereits zeitgenössisch als erste Konferenz der aus der Illegalität heraustretenden KPÖ gewertet und als „erweiterte Bezirksleiterkonferenz“ der KPÖ¹ bezeichnet. Seit 1946 wurde von der ersten „Vertrauensmännerkonferenz“ der KPÖ² gesprochen.

Österreichische Freiheitsfront

Die Tatsache, dass viele KPÖ-Gruppen als „Freiheitsfront“ aus der Illegalität heraustreten, liegt in den in den Vorjahren entwickelten Exilkonzeptionen der KPÖ begründet.³ Die *Österreichische Freiheitsfront* (ÖFF) war jene seit 1941 von der KPÖ propagierte Widerstandsbewegung, die die ÖsterreicherInnen zum bewaffneten Kampf gegen die Fremdherrschaft aufrief und auf die Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreichs abzielte. Einerseits war sie die politische Form, in der die KPÖ ihre Volksfrontkonzeption sowohl im antifaschistischen Widerstand als auch in den Ländern des Exils zu verwirklichen beabsichtigte. Andererseits spielte sie in der letzten Kriegsphase hinsichtlich der kommunistischen Nachkriegskonzeptionen eine gewisse Rolle, wurde doch davon ausgegangen, dass sich bei der Überwindung des Faschismus Komitees der ÖFF herausbilden würden, die auch beim demokratischen Wiederaufbau auf regionaler und lokaler Ebene Verwaltungsaufgaben übernehmen könnten.

Zunächst wurde der *Österreichischen Freiheitsfront* in der Konzeption der KPÖ eine – wenn nicht *die* – entscheidende Rolle beim Übergang zu demokratischen Verhältnissen und beim Aufbau staatlicher Verwaltungsstrukturen beigemessen. Als wichtigsten Faktor für diese Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sah die KPÖ die Ergebnisse des antifaschistischen Befreiungskamp-

fes an. Im Hinblick auf den von der „Moskauer Deklaration“ geforderten „eigenen Beitrag“ zur Befreiung Österreichs wurde von der KPÖ die Aufstandspropaganda intensiviert, bis hin zur Aufstellung eigener österreichischer Freiheitsbataillone im Verband der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee ab November 1944. Die Orientierung der KPÖ auf die *Österreichische Freiheitsfront* und die Etablierung von Volksausschüssen als künftige Faktoren der Nachkriegsentwicklung war demgemäß untrennbar mit der Hoffnung der KommunistInnen verbunden, dass der Sturz des Hitlerregimes durch einen bewaffneten Volksaufstand herbeigeführt werden könnte bzw. zumindest in der Endphase des Krieges große Teile der Bevölkerung in den Widerstand gegen das Hitlerregime involviert werden könnten.

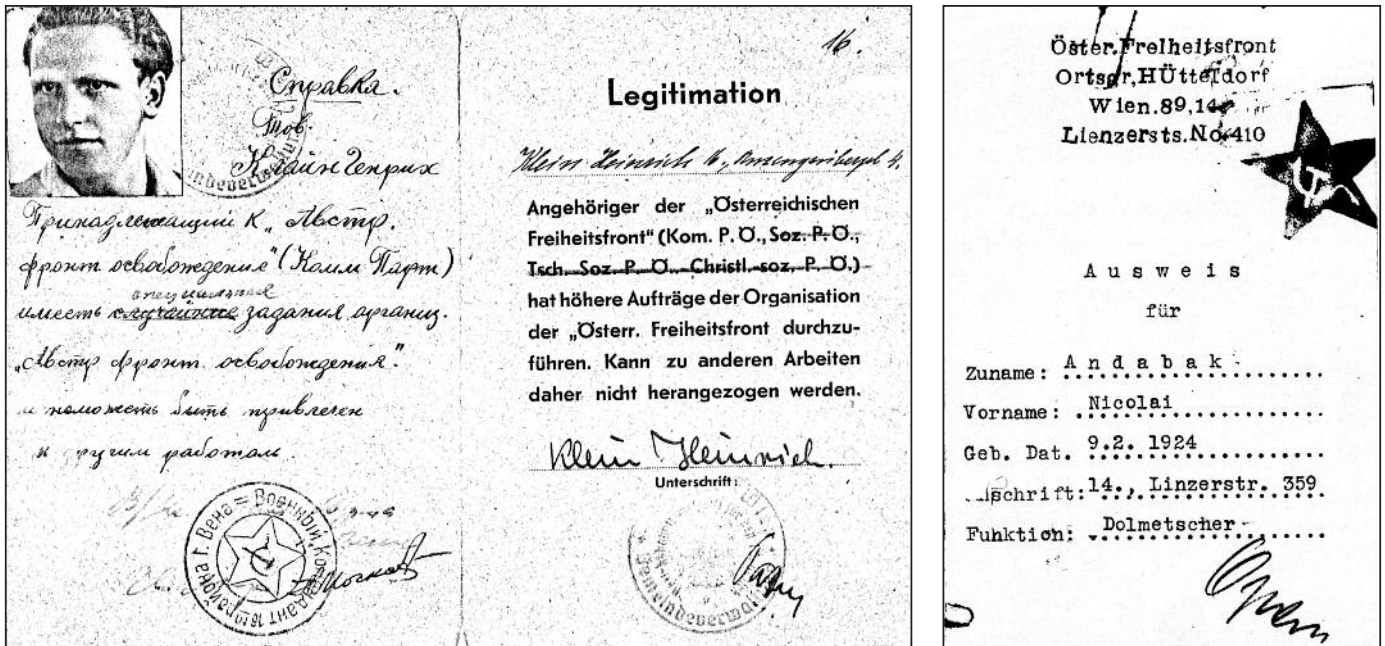
Diese Strategie musste spätestens im Frühjahr 1945 modifiziert werden, dürfte doch der Exil-KPÖ klar geworden sein, dass nicht eine bewaffnete Volkserhebung den Sturz des faschistischen Regimes in Österreich herbeiführen werde, sondern dass die Befreiung vom Hitlerfaschismus primär von außen, durch den Vormarsch der Roten Armee und der westlichen Alliierten erfolgen werde. Tatsächlich kamen die Freiheitsfrontbestrebungen der KPÖ letztlich über einzelne lokale Ansätze nicht hinaus, „wirkliche Organe einer national-revolutionären, antifaschistischen Volksbewegung“ – „Volksausschüsse, Nationalkomitees, Partisanenstäbe oder wie immer solche Organe einer revolutionären Neuordnung aussehen mochten“ – fehlten, wie Ernst Fischer einschätzen musste.⁴ Die genauere Kenntnis der tatsächlichen Stärke der ÖFF und des Widerstands insgesamt veranlasste die KPÖ-Spitze schließlich zu einer Strategieanpassung, wonach nun die politischen Parteien als die maßgeblichen Faktoren der weiteren Entwicklung angesehen wurden. Die Freiheitsfront sei „zum Unterschied von anderen Ländern [...] ein viel zu lockeres, ungefestigtes Gebilde“ gewesen, deshalb gab es keine andere Möglichkeit als Vereinbarungen der drei Parteien, da diese „die realsten, unbestreitbarsten Faktoren der wiedererstehenden Demokratie in Österreich“ waren, resümierte Fischer zu

Beginn des Jahres 1946 die Tage der Befreiung.⁵ So waren es schließlich die drei demokratischen Parteien, die bereits im April 1945 eine Provisorische Regierung unter Karl Renner bildeten. Die KPÖ war hierin als gleichberechtigte Partnerin von SPÖ und ÖVP beteiligt.⁶ Auch im Rahmen der neu gebildeten Wiener Stadtverwaltung war die KPÖ mit maßgeblichen Positionen vertreten.

Aus der Tatsache, dass die Exil-KPÖ die ÖFF bis knapp vor Kriegsende zumindest als „politische Möglichkeit“⁷ einschätzte, resultierte in den Tagen der Befreiung ein gewisses Spannungsfeld zur nunmehr anlaufenden Reorganisation der KPÖ in Wien. So führten einzelne kommunistische Bezirksgruppen im Übergang von der Illegalität zur Legalität ihre Arbeit unter der Bezeichnung *Österreichische Freiheitsfront* weiter und hielten an der Orientierung, die Volksfrontkonzeption im Rahmen der ÖFF zu verwirklichen, fest. Einzelnen kommunistischen Gruppen war es auch gelungen, in die Kampfhandlungen einzugreifen, etwa in den westlichen Arbeiterbezirken, wo Wehrmachts- und Volksturmeinheiten entwaffnet und Zerstörungen vermieden werden konnten.⁸ Erste Flugblätter und Plakate erschienen nun als Aufrufe der ÖFF an die Bevölkerung, etwa in Favoriten, Meidling, Ottakring und Hernals, beispielsweise das von der ÖFF Favoriten hergestellte Plakat mit der Aufschrift „Wer plündert wird erschossen“.⁹ In den einzelnen Bezirken ausgefolgte selbstgefertigte Ausweise und Legitimationen trugen ebenso die Bezeichnung *Österreichische Freiheitsfront*, manche bis in den Mai 1945 hinein.¹⁰ Auf Briefköpfen wurde die ÖFF teilweise parallel zu Bezirksleitungen der KPÖ angeführt. Und auch die erste legale Konferenz der Wiener KPÖ tagte am 14. April als „Bezirksleiterkonferenz“ der ÖFF, die in diesem konkreten Zusammenhang als „Österreichische Freiheitsbewegung“ (und nicht als „Freiheitsfront“) umschrieben wurde.

Landesobmann Josef Lauscher

Der Tagungsort, das Verbandshaus der Buchdruckergewerkschaft in der Seidengasse 17 im siebten Wiener Gemeindebezirk (wo sich bis in die jüngere Ver-



Legitimationen der „Österreichischen Freiheitsfront“ vom April 1945 (Zentrales Parteiarchiv der KPÖ).

gangenheit herauf die Zentrale der *Gewerkschaft Druck und Papier* befand), war von den Nationalsozialisten nach 1938 aufgelassen worden. Bereits am 11. oder 12. April 1945 – also während in Wien noch gekämpft wurde – wurde es von den der KPÖ angehörenden Buchdruckern Karl Steinhardt, Willibald Groß und Josef Cochlar besetzt, um die „Auf- richtung unserer Gewerkschaft der Graphiker“ vorzubereiten, wie Steinhardt in einem zeitgenössischen Dokument festhielt.¹¹ Unterzeichnet war der diesbezügliche Auftrag, das Gewerkschaftshaus „wieder in Besitz zu nehmen“, von Josef Lauscher,¹² der zum ersten Wiener Landesobmann der KPÖ nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus wurde.

Josef Lauscher, geboren am 1. Februar 1912 in Wien, erlernte den Beruf eines Automechanikers und wurde 1926 Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes, in dessen Zentralkomitee er 1929 gewählt wurde. 1930 wurde er nach dem Besuch einer Schule der Jugendinternationale in Moskau zum Wiener Leiter des KJV. Am 12. Parteitag der KPÖ, der im Herbst 1934 in Prag stattfand, zum Mitglied ihres Zentralkomitees gewählt, blieb Lauscher auch in den Jahren der austrofaschistischen Diktatur ein führender Funktionär des Jugendverbandes. Im November 1935 wurde er als Vertreter des KJV bei der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau entsandt. Nach seiner Rückkehr nach Wien im November 1936 leitete er gemeinsam mit Bruno Dubber die KJV-Arbeit. Im Zuge der „Ziel und Weg“-Affäre im Frühjahr 1937 von der Jugendarbeit abberufen, arbeitete er fortan an

Kreissekretär der Partei. Bereits am 13. März 1938, unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, von der Gestapo verhaftet, verbrachte Lauscher die kommenden sieben Jahre in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, zunächst ab Mai 1938 in Dachau, dann ab September 1939 in Flossenbürg, seit März 1940 wieder in Dachau und schließlich ab Juni 1944 in Mauthausen.¹³ Überall war er führend an der Organisation des Lagerwiderstands beteiligt und Mitglied der Parteileitung.

Am 3. Februar 1945 gelang Lauscher die Flucht aus den Saurer-Werken in Wien-Simmering, einem Außenkommando des Konzentrationslagers Mauthausen, wohin er am 31. Jänner überstellt worden war. Er nahm sogleich die illegale Arbeit auf und knüpfte ein Netz von Verbindungen in viele Bezirke und wichtige Betriebe. Unter dem Decknamen „Richter“ wurde Lauscher in den letzten Kriegsmonaten zum führenden Kopf des kommunistischen Widerstands in Wien. Seine engsten MitarbeiterInnen waren Juliana Landl, deren Mann Friedrich 1943 als politischer Häftling im Zuchthaus Stein an der Donau umgekommen war, der Eisenbahner Heinrich Krčal, der Gewerkschafter Gottlieb Fiala, der Straßenbahner Heinrich Schinko und Eduard Rabofsky, der seit Herbst 1944 als „U-Boot“ in Wien lebte. Ein wichtiger Kontakt lief zur illegalen Organisation der russischen Zwangsarbeiter „KOB SAR“ unter der Führung Mitja Gutows, die im April 1945 in die militärischen Planungen zu einer kampflosen Übergabe Wiens an die Rote Armee einbezogen war („Operation

Radetzky“). Dieser Strang der aus der Illegalität heraustretenden KPÖ war schließlich maßgeblich für die Formierung der KPÖ als legale Massenpartei. Josef Lauscher wurde in den Apriltagen zur Zentralgestalt der aus der Illegalität heraustretenden Wiener KPÖ.

Die führenden Köpfe der KPÖ-Führung, Johann Koplenig und Ernst Fischer, waren zwei Tage vor der Konferenz, am 12. April 1945, aus dem Moskauer Exil nach Wien zurückgekehrt. Sie verfügten zu diesem Zeitpunkt nur über spärliche Informationen über Einfluss und Stärke der kommunistischen Parteiorganisationen, bestand doch seit geraumer Zeit keine direkte Verbindung mehr ins Land. Eine ihrer ersten Aufgaben war es, sich einen Überblick zu verschaffen und erste politische Kontakte herzustellen. Nachdem Radiomeldungen der BBC über die Existenz einer angeblich überparteilichen Widerstandsbewegung vorlagen, führte sie ihr erster Weg ins Palais Auersperg, wo sich die Mitglieder des Siebenausschusses der O5 eingefunden hatten, darunter auch die Kommunistin Klotilda Hrdlicka. Diese war Koplenig und Fischer jedoch ebenso wenig bekannt wie Friedrich Franz Eder und Helene Sokal (später Legradi), die in den nun beginnenden Parteienverhandlungen um die Neubildung einer Wiener Stadtverwaltung als kommunistische VertreterInnen auftraten. Insgesamt fanden die KPÖ-Spitzen im Auersperg ein allgemeines Durcheinander vor. In den hier versammelten Persönlichkeiten erkannten sie eine „Bande von Gaunern, Schwindlern und naiven Leuten“ mit „phantastischen Erwartungen“,

wie Fischer in seinem Notizbuch vermerkte,¹⁴ mit denen eine Zusammenarbeit nicht lohne.

Für Kopleinig und Fischer war es insofern von größter Wichtigkeit, nach jahrelanger Abwesenheit verlässliche politische Kräfte aufzufinden, auf die sie sich bei der Reorganisierung der Partei und auch beim Wiederaufbau der staatlichen und lokalen Verwaltung stützen konnten. In dieser Situation war das frühe Zusammentreffen mit Josef Lauscher von entscheidender Bedeutung, da ihnen dieser als im Jahr 1934 gewähltes ZK-Mitglied und als damaliger KJV-Sekretär als vertrauenswürdig bekannt war. Die Begegnung mit Lauscher soll ebenso bereits am 12. April, also am Tag ihrer Ankunft in Wien, erfolgt sein, und zwar im Stab der 3. Ukrainischen Front in der Kantgasse im ersten Bezirk. Darüber, wie diese Verbindung zustande gekommen ist, liegen unterschiedliche Erinnerungen vor. Fritz Glaubauf zufolge soll Kopleinig auf der Straße durch Zufall einem alten KPÖ-Genossen namens Freyler begegnet sein, der ihn mit Lauscher zusammenbrachte.¹⁵ Lauscher selbst wiederum berichtet von seiner Fahrt mit dem Fahrrad ins Hotel Imperial auf der Ringstraße, wo die Stadtkommandantur der Roten Armee Quartier bezogen hatte. Von einem sowjetischen Oberst soll er hier an die Kantgasse verwiesen worden sein und dort Ernst Fischer angetroffen haben, der ihn zu Kopleinig brachte.¹⁶

Zu diesem Zeitpunkt dürften Lauschers Planungen für eine Konferenz von VertreterInnen antifaschistischer Widerstandsgruppen bzw. für eine erweiterte Bezirksleiterkonferenz der Freiheitsbewegung bereits angelaufen sein. Gemeinsam mit dem ebenfalls aus einem Konzentrationslager (dem Dachauer Außenlager Hallein) geflohenen Leopold Jansa hatte er in der Wurmsergasse im 15. Bezirk eine erste Leitung der ÖFF gebildet, die Mitte April in die Schottenfeldgasse 34 übersiedelte und „die allgemein anerkannte und respektierte zentrale Wiener Leitung“ der KPÖ darstellte.¹⁷ Lauscher, der im Jahr der Befreiung als provisorischer Wiener Landesobmann tätig war, wurde schließlich am 1. Wiener Landesparteitag im März 1946 in dieser Funktion bestätigt und übte sie ohne Unterbrechung bis zur 9. Landeskongress Ende November 1969 aus.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz

Das Protokoll der „Konferenz der österreichischen Freiheitsbewegung“

umfasst sechs einzeln beschriebene Seiten und hat sich nicht im Parteiarchiv der KPÖ erhalten, sondern gelangte vor 1973 über Josef Lauscher in Kopie ins *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*.¹⁸ Im Archiv der KPÖ wiederum haben sich zwei Papiere erhalten, die mit der Konferenz im Zusammenhang stehen: Zum einen eine Auflistung der Wiener Bezirksleiter der Bezirke 1 bis 19 und 25 (damals Liesing) mit Stand vom 14. April 1945, dem Tag der Versammlung, sowie eine vollständige TeilnehmerInnenliste der Konferenz, die 68 Namen umfasst (darunter zwölf Frauen).¹⁹ Der Erinnerung von Karl Steinhardt zufolge soll zuvor eine „vorbereitende Zusammenkunft einer Anzahl Vertrauensmänner“ stattgefunden haben.²⁰

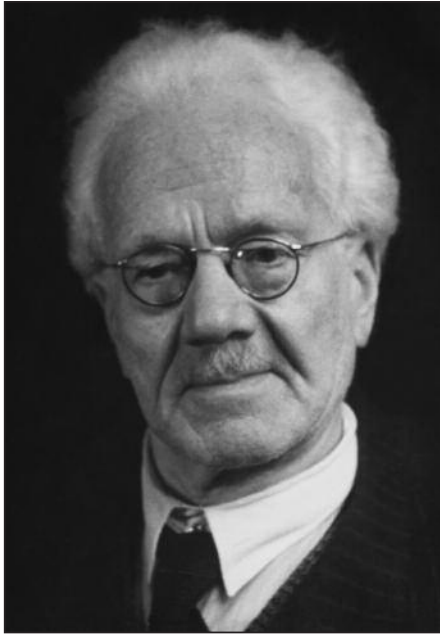
Das siebenköpfige Präsidium der Konferenz bildeten neben Kopleinig und Fischer „Miller, Jackl, Steinhart, Bucher und Fiala“, womit der Bezirksleiter der Meidlinger KPÖ Peter Müller, Dr. Alexander Jackl (über den nichts weiter bekannt ist), Karl Steinhardt, Konrad Bucher und Gottlieb Fiala angesprochen waren. Bucher, der bereits 1934 in das ZK der KPÖ gewählt worden war und 1943/44 an der Reorganisierung der KPÖ in Kärnten beteiligt war, hatte sich nach seiner Flucht aus der Haft seit August 1944 illegal in Wien aufgehalten und war ohne sein Wissen von der Gestapo (über deren V-Mann Josef Koutny) mit Papieren und Geld versorgt worden. 1945 war er als Gewerkschaftsreferent der Bezirksleitung von Fünfhaus aktiv. Fiala wiederum, der bereits in den 1920er Jahren dem Zentralkomitee der Partei angehört hatte, nahm in diesen Tagen im Auftrag der KPÖ an den Gesprächen über die Konstituierung eines überparteilichen Gewerkschaftsbundes teil und wurde erster Vizepräsident des ÖGB. Später war er Bundesrat und Bundespräsidentenskandidat der KPÖ.

Unter den Bezirksleitern der ersten Stunde befanden sich einige KPÖ-Ge-



Josef Lauscher (1912–1975)

nossen, die auch in den folgenden Jahren als Funktionäre auf Bezirksebene oder im Wiener bzw. zentralen Parteiapparat eine Rolle spielten, etwa Alois Bukovsky (Bezirkssekretär von Simmering), Robert Dubovsky (Landtagsabgeordneter und Landesobmann der KPÖ Niederösterreich), Alois Kihs (Abteilungsleiter des ZK der KPÖ und Leiter des Parteiarchivs), Otto Langbein (Bezirksobmann von Favoriten und später Mitarbeiter des ZK der KPÖ und der ÖSG), Albert Pordes (Bezirksobmann und Bezirksrat Innere Stadt), Karl Schmidberger (Bezirksrat von Liesing, bereits 1927 Mitglied des Zentralkomitees), Ludwig Summer (stv. Bezirksvorsteher von Margareten) und Robert Waiss (Bezirkssekretär von Alsergrund). Weitere TeilnehmerInnen der Konferenz waren u.a. Rudolf Hautmann (Leiter des Polizeilichen Hilfsdienstes der Kommandantur der Stadt Wien), Leopold Jansa (Referatsleiter der Staatspolizei), Egon Kodicek (Zentralsekretär der Gewerkschaft der Textilarbeiter, später Vorsitzender der *Gewerkschaftlichen Einheit* und Mitglied des Politbüros der KPÖ), Leopoldine Kummer (Mitglied der Wiener Stadtleitung der KPÖ und des Vorstands der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten), Eduard Rabofsky



Karl Steinhardt (1875–1963)

(später Mitglied des ZK der KPÖ und leitender Sekretär der AK Wien), Karl Saxinger (Bezirksobmann der Josefstadt), Josef Ziegler (stv. Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten) und Alfons Zimmermann (Organisationsleiter der KPÖ Wien), sowie der KJV-Aktivist Franz Kainz, der führend an der Reorganisation des Kommunistischen Jugendverbandes seit dem Juli 1944 beteiligt gewesen war.

Anwesend waren auch zwei Aktivistinnen, die in den Tagen der Befreiung von sowjetischen Kommandanten zu Wiener Bezirksbürgermeistern ernannt wurden, nämlich Leopold Luhan (14. Bezirk) und Karl Tischler (15. Bezirk). Aus dem Umfeld des O5-nahen kommunistischen Widerstands nahm niemand an der Konferenz teil, mit Ausnahme des Döblingers Hans Robitschek, der als Mitglied der kommunistischen Widerstandsgruppe um Hans und Ida Strohmer über eine Verbindung zu Major Alfons Stillfried verfügte.²¹ Ein prominenter Konferenzteilnehmer war Paul Kirnig, der als „Schöpfer des österreichischen Plakats“²² in die Geschichte eingegangen ist. Kirnig gehörte der Partei seit 1933 an und war als Professor an der Kunstgewerbeschule bzw. an der Hochschule für angewandte Kunst tätig.²³ Wegen seiner seit 1940 währenden Mitgliedschaft bei der NSDAP kurzzeitig suspendiert, wurde er 1946 zum Leiter der graphischen Abteilung der antifaschistischen Ausstellung „Niemals vergessen“ berufen. Er durfte die KPÖ 1948 verlassen haben.²⁴

Viele der auf der Konferenz anwesenden „AktivistInnen der ersten Stunde“ spielten in weitere Folge keine größere

Rolle mehr in der Partei. Dies hatte auch damit zu tun, dass sich die meisten Parteiorganisationen im April 1945 spontan herausbildeten, sprunghaft anwuchsen und im Jahresverlauf 1945 bzw. im Vorfeld des 13. Parteitags im April 1946 mehrfach reorganisiert wurden. Ein Element der damit einhergehenden Konsolidierung des Parteaufbaus war die Neuwahl der unteren Leitungen, aus denen „ZufallsfunktionärInnen“ ausschieden und auch durch aus dem Exil bzw. aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern heimkehrende GenossInnen ersetzt wurden.

Von besonderer Bedeutung war für Kopenig und Fischer die Begegnung mit Karl Steinhardt, dem ersten Vorsitzenden der Partei nach ihrer Gründung im November 1918 und Gründungsmitglied der Kommunistischen Internationale. Tags zuvor, am 13. April, hatte im Hotel Imperial eine Unterredung mit dem sowjetischen Stadtkommandanten Alexej Blagodatow stattgefunden, bei der Vertreter der O5 im Beisein von Ernst Fischer Vorschläge für die Wiener Stadtverwaltung vorbrachten. Für die Kommunisten wurde im Rahmen der seit 11. April laufenden Verhandlungen der Spanienkämpfer Rudolf Prikryl als Vizebürgermeister designiert, der in diesen Tagen aus eigenem Antrieb in Erscheinung getreten und von einem sowjetischen Kommandanten unter bis heute nicht restlos geklärten Umständen provisorisch zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt worden war. Am selben Tag, dem 13. April, übersiedelte Prikryl vom Palais Auersperg ins Wiener Rathaus, wo seine Tätigkeit vor allem in der Ausstellung von Legitimationen bestand und das Treiben in seinem Büro an einen „Jahrmakel zu Plundersweilern“ erinnerte.²⁵ Kopenig und Fischer wird zu diesem Zeitpunkt klar geworden sein, dass sie für die KPÖ rasch einen alternativen Kandidaten namhaft zu machen hätten, wobei ihnen das Auftreten Karl Steinhardts als Glücksfall erschienen sein muss. Aufgrund seines höheren Alters (Steinhardt war zu diesem Zeitpunkt knapp 70 Jahre alt), seiner politischen Vergangenheit und seiner auch in den Jahren der Illegalität bewährten Parteitreu war er geradezu prädestiniert für ein politisches Amt, bei dem es mehr als bei anderen Aufgaben auch um das Ansehen der Person ging. Während die O5 weiter an Prikryl als Vizebürgermeister festhielt, wurde am 16. April bei den im Rathaus stattfindenden Besprechungen von der KPÖ schließlich Steinhardt namhaft gemacht.

Am 18. April 1945 wurden schließlich Theodor Körner (SPÖ), Leopold Kunschak (ÖVP) und Steinhardt von Blagodatow als Wiener Bürgermeister und seine beiden Stellvertreter eingesetzt.

Zum Verlauf der Konferenz

Eröffnet wurde die Versammlung von Lauscher als „Bezirksleiterkonferenz“. Johann Kopenig und Ernst Fischer stellte er den Anwesenden nicht als Parteiführung der KPÖ, sondern als „Mitglieder des Zentral Komitees ‚Freies Österreich‘“ vor. Ebenso begrüßte er einen „russischen Kommissar“, womit wohl Oberst Perewin gemeint war. (S. 1) „Für uns Kommunisten und für alle, die mit uns gehen, ist eine verantwortungsvolle Zeit angebrochen, die noch niemals auf einer Partei gelegen ist“ (S. 1), stimmte Ernst Fischer in einer kurzen Begrüßung die anwesenden GenossInnen auf die kommenden Aufgaben ein, ging es doch für die KPÖ nun darum, nach Jahrzehnten der Opposition und Illegalität ein künftig mitgestaltender politischer Faktor zu werden. Hierauf ergriff Lauscher das Wort zu einer einleitenden Rede: „Wir haben uns als Kommunistische Partei zunächst in selbstloser Weise der österreichischen Freiheitsbewegung zur Verfügung gestellt, wir haben nicht gefragt, ob Katholiken, sozialdemokratisch oder monarchistisch, nur ob Gegner der Nazipartei. Wir wollen das Volk zu einem Block zusammenschweißen, ohne Rücksicht auf die Partei“ (S. 1), umriss er den Willen seiner Partei zur Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen und demokratischen Kräften. Es folgten die Berichte einzelner Bezirksleiter und weitere Wortmeldungen (S. 2–4), wobei sich insgesamt 15 Genossen zu Wort meldeten. Im Mittelpunkt ihrer Statements standen die Wiederherstellung der öffentlichen Verwaltung in den verschiedenen Bezirken, die Lebensmittelversorgung, die Ingangsetzung des Verkehrs und Wohnungsfragen wie etwa die Beschlagnahme von Nazi-Heimen. Zur Sprache kamen bei dieser Gelegenheit auch einzelne Übergriffe durch Angehörige der Roten Armee.

Erst nach dieser Debatte folgte die groß angelegte Rede des KPÖ-Vorsitzenden Kopenig (S. 4–6). Sein dortiger Ausspruch, Österreich brauche „keine Politikanten und keine Plänemacher, sondern Leute, die Tag und Nacht arbeiten“ (S. 5), war ein nicht zu verkennender Seitenhieb auf die ProtagonistInnen der O5 im Palais Auersperg, die in den

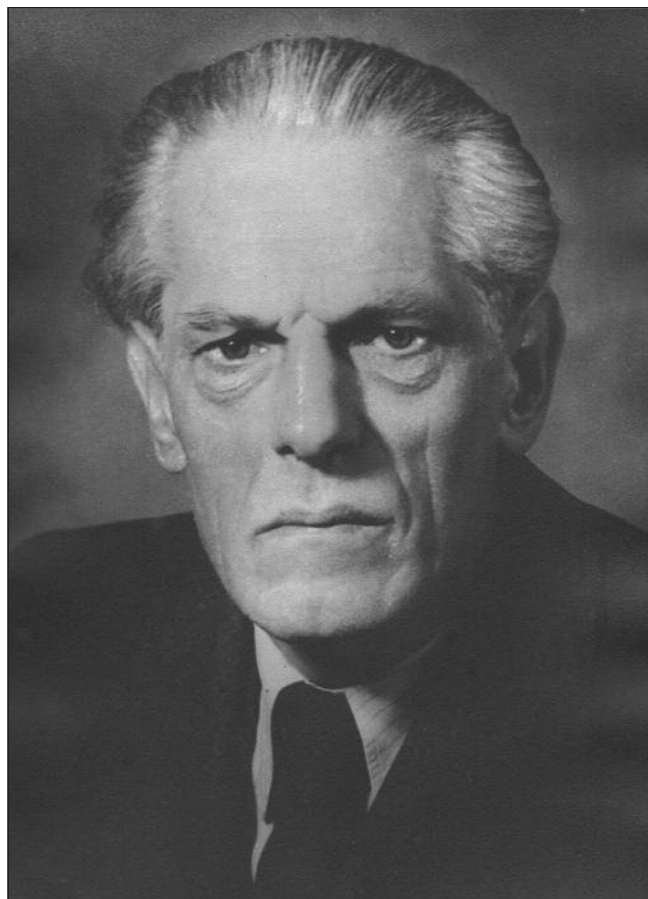
Augen der KPÖ erst in letzter Sekunde ihr Widerstandsherz entdeckt hatten und denen es nun vor allem darum ging, in Ämter und Institutionen einzudringen. Im Kontrast zu diesen traten die KommunistInnen in den Tagen der Befreiung durch konkrete Widerstandsaktivitäten und anschließend durch praktische Aufbauarbeit in den einzelnen Bezirken in Erscheinung, ohne lange auf Anweisungen von oben zu warten. So waren es vor allem die KommunistInnen, die als erste versuchten, Ordnung in die chaotischen Zustände zu bringen, für eine Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse sorgten, Plünderungen verhinderten, notdürftig die Ernährung sicherstellten und die Wohnungsfrage in Angriff nahmen. „Rasch arbeiten, Initiative entwickeln. Nicht zurückschrecken vor Schwierigkeiten“ (S. 6), empfahl Koplénig den anwesenden GenossInnen angesichts des herrschenden Chaos’ und der Notwendigkeit zur Improvisation.

„Wir Kommunisten haben ein Recht aufzutreten als diejenigen, die in der Zeit der blutigsten Unterdrückung am meisten gelitten haben. Unsere besten Kader wurden vernichtet. Wir haben ein Recht aufzutreten, da wir als die Treuesten unseres Volke die Treue gehalten haben, in einer Zeit wo alle kapituliert haben“, leitete Koplénig schließlich die Berechtigung seiner Partei, als konstruktiv mitgestaltende Kraft an der Neugestaltung Österreichs teilzunehmen, direkt aus der Rolle der KPÖ im Freiheitskampf gegen den deutschen Faschismus und ihrem hohen Blutzoll ab: „Wir müssen uns bewusst sein, dass die KP eine große, entscheidende Verantwortung trägt, nicht nur für die Partei, sondern für die Arbeiterklasse. [...] Die KP ist entschlossen, sowohl für die Vergangenheit, als auch für die Zukunft alle Verantwortung zu übernehmen.“ (S. 4) Dabei warnte Koplénig vor übertriebenem Optimismus und davor, angesichts der Befreiungstat der Roten Armee die eigene Initiative und die Weckung der Initiative der Volksmassen zu vernachlässigen: „Wir wollen nicht glauben, dass hinter uns schon das österreichische Volk steht. Die Rote Armee hat uns befreit, wir dürfen aber nicht glauben, dass diese Armee auch unsere Aufgaben erfüllen wird. Sie wird uns helfen für den Wiederaufbau, für ein demokratisches Österreich, aber durchführen müssen wir das selber.“ (S. 4)

Koplénigs Rede brachte auch Klarheit über die bevorstehenden Aufgaben des Parteaufbaus: „Vor uns steht die Aufgabe des Aufbaues der Parteiorganisation,

welchen Geist die neue Partei haben muss und welchen Inhalt.“ (S. 4) Der Volksfrontgedanke sollte fortan als Bündnis der drei demokratischen Parteien und der überparteilichen Gewerkschafts- und Massenorganisationen, wie etwa einer einheitlichen Jugend- und Frauenorganisation, realisiert werden, und nicht in Gestalt der Freiheitsfront: „Wir müssen eine Politik der Zusammenfassung aller bestehenden politischen Parteien und Massenorganisationen sein [sic]. Die Freiheitsfront darf nicht überorganisatorisch wirken. Ausschüsse sind in der Parteifront zu bilden, in der KP und SP und die Christlichsozialen zusammenarbeiten, in einer einheitlichen Front.“ (S. 5)

Aus dieser Modifizierung und Konkretisierung der Volksfrontkonzeption geht auch hervor, dass die ÖFF in den Tagen der Befreiung für die KPÖ keine realpolitische Option war und der Legalisierung und Reorganisation der Partei von Beginn an oberste Priorität eingeräumt wurde. Dies ist aber nicht als Absage an „Proponenten einer einheitlichen Volksfront“ zu deuten, wie Wilfried Aichinger in seiner frühen Studie über die sowjetische Besatzungspolitik schreibt.²⁶ Ebenso ist die gegenläufige in der Forschungsliteratur anzutreffende Auffassung, wonach Koplénig und Fischer auf der Konferenz am 14. April 1945 immer noch hofften, „dass die Freiheitsfront die in den politischen Planungen vorgesehene Rolle einer Dachorganisation der Volksfront übernehmen werde“,²⁷ als eher unrealistisch einzuschätzen. Das temporäre Anknüpfen an eine „Freiheitsfront“ und „Freiheitsbewegung“ in den Apriltagen ist vielmehr als Nachhall einer im Exil unter anderen Bedingungen entwickelten Strategie zu werten, und nicht als praktischer Versuch, ein politisches Sammelbecken aller Kräfte des antifaschistischen Widerstands zu bilden. Dafür spricht auch, dass in diesen Tagen



Johann Koplénig (1891–1968)

mit der O5 eine „konkurrierende“ Widerstandsorganisation unter der Bezeichnung „Freiheitsbewegung“ auftrat, die mit den westlichen Alliierten in Verbindung stand und ebenso den Anspruch erhob, die antifaschistischen Kräfte zusammenzufassen, was den kommunistischen Überlegungen gewiss zuwiderlief.

Mit der Reorganisation der KPÖ und der Verwirklichung der demokratischen Zusammenarbeit in Gestalt eines Parteienbündnisses war die ÖFF zwar obsolet, zur Wahrung eines gewissen Übergangs und um gewissen lokalen Besonderheiten gerecht zu werden wurde ihr jedoch noch einige Wochen eine gewisse Sonderstellung eingeräumt. So wurde zwar durch den Befehl Nr. 4 des sowjetischen Stadtkommandanten Blagodatow politischen Gruppierungen abseits der drei Parteien jede politische Tätigkeit untersagt – eine Maßnahme, die sich vor allem gegen die bürgerlich-konservative Widerstandsbewegung um die O5 richtete –, in einer Anordnung an die Bezirkspolizeichefs hielt Polizeichef Hautmann jedoch Anfang Mai fest, dass davon nicht nur die Parteien, sondern auch die *Österreichische Freiheitsfront* ausgenommen sei.²⁸ In der Steiermark folgte die Auflösung der ÖFF und der Freiheitsbewegungen seitens der britischen Militärregierung erst Anfang August 1945.²⁹

Damit betrat die KPÖ im Jahr 1945 als einzige Kraft die politische Bühne, die nicht dazu gezwungen war, ihren Namen zu ändern. Diese Kontinuität hing damit zusammen, „daß unsere Partei ihre Tätigkeit, ihren Kampf nie eingestellt hat, daß sie die Fahne des Kampfes für Österreich und für die Demokratie ohne Schwanken auch in der schwierigsten Zeit hochgehalten hat“, wie Generalsekretär Friedl Fűrberg zu Beginn des Wahlkampfes im September 1945 geltend machte.³⁰ „Die Kommunistische Partei muss groß werden, groß und stark.

Unsere Partei wird eine Arbeiterpartei werden, aber [...] alle Schichten sind zu erfassen“ (S. 6), umriss Kopleng abschließend sein Verständnis der KPÖ als Arbeiter- und Volkspartei. Tatsächlich entwickelte sich die KPÖ, eine in der Ersten Republik kleine politische Kraft, im Verlauf des Jahres 1945 zu einer Massenpartei mit über 100.000 Mitgliedern, die sowohl in der Bundesregierung als auch in den meisten Landesregierungen vertreten und in den großen Industriebetrieben und auf kommunaler Ebene stark verankert war.

scher], 13.4.1945.

13/ ZPA der KPÖ, Josef Lauscher: Lebenslauf, 22.8.1945, S. 1f.

14/ ÖfZ, NL 38, Ernst Fischer, Do 126, Mappe 3, Notizbuch, Eintrag am 12.4.1945.

15/ Glaubauf, Fritz: Johann Kopleng. Zum 80. Geburtstag des Ehrenvorsitzenden der KPÖ am 15. Mai, in: *Volksstimme*, 16.5.1971, S. 11–12, hier S. 11.

16/ Lauscher, Josef: Wien 1945: Die letzten und die ersten Tage, in: *Volksstimme*, 29.4.1970, S. 3.

17/ ZPA der KPÖ, Wiener Landesparteitag der KPÖ am 9./10.3.1946, Unsere Wiener Organisation. Tätigkeitsbericht der Org.-Abteilung (April 1945 bis Feber 1946), S. 3.

18/ DÖW 8064, Protokoll über die erste Konferenz der österreichischen Freiheitsbewegung am 14.4.1945 im Saal der Buchdruckergewerkschaft, Wien 7., Seidengasse 17.

19/ ZPA der KPÖ, 1. Wiener erweiterte Bezirksleiterkonferenz, 14.4.1945. Es fehlt hier der Name Rudolf Hautmann, der sich laut Protokoll der Konferenz (S. 2) zu Wort gemeldet hat. Möglicherweise sind also auch weitere TeilnehmerInnen in dieser Auflistung nicht angeführt. Zeitgenössisch war von etwa 80 GenossInnen die Rede (ZPA der KPÖ, Wiener Landesparteitag der KPÖ am 9./10.3.1946, Bericht von Josef Lauscher, S. 2).

20/ Steinhardt, Karl: Lebenserinnerungen eines Wiener Arbeiters, hg. und eingeleitet von Manfred Mugrauer. Wien: Alfred Klahr Gesellschaft 2013 (Biografische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, Bd. 7), S. 248.

21/ ZPA der KPÖ, Bericht von Hans Robitschek an die Leitung der österreichischen Widerstandsbewegung, 11.4.1945, S. 2.

22/ Professor Paul Kirnig gestorben, in: *Arbeiter-Zeitung*, 18.9.1955, S. 5.

23/ ZPA der KPÖ, Paul Kirnig: Lebenslauf, 16.5.1945.

24/ Haböck, Almut: Paul Kirnig (1891–1955). Frankfurt/M. u.a.: Peter Lang 2009, S. 24f. (hier falsch 1947 als Beitrittsjahr).

25/ Steinhardt: Lebenserinnerungen, S. 251.

26/ Aichinger, Wilfried: Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Wien 1977 (Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 1), S. 180.

27/ Mueller, Wolfgang: Die sowjetische Besetzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2005, S. 84.

28/ ZPA der KPÖ, Anordnung von Rudolf Hautmann an die Bezirkspolizeichefs, 3.5.1945.

29/ Abb. 299 in Polaschek, Martin F.: Das erste Jahrzehnt der Zweiten Republik 1945–1955, in: ders./Riesenfellner, Stefan: Plakate. Dokumente zur steirischen Geschichte 1918–1955. Graz: Leykam Buchverlag 2002 (Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives, Bd. 25), S. 163–256.

30/ Fűrberg, Friedl: Unsere Partei, in: *Österreichische Volkstimme*, 18.9.1945, S. 1–2, hier S. 1.

Neuerscheinung

„Der Tote ist auch selber schuld.“

Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchweger

hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs

Wien: Globus-Verlag 2015

64 Seiten, 4,- Euro

ISBN 978-3-9503485-3-8

„Der Tote ist auch selber schuld.“

Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchweger



GLOBUS-VERLAG WIEN
Herausgeber: Kommunistische Partei Österreichs

Inhalt:

Michael Graber:

Die Affäre Borodajkewycz

Manfred Mugrauer:

Ernst Kirchweger

Rudi Burda: *Kirchweger-Lied*

Siegfried Sanwald:

Der Prozess gegen Gunther Kümel

Walter Baier:

Rechtsextremismus und Populismus heute

Bestellmöglichkeit:

bundesvorstand@kpoe.at

Anmerkungen:

1/ ZPA der KPÖ, Wiener Stadtleitung der KPÖ, Teilnehmerliste der 1. Wiener erweiterten Bezirksleiterkonferenz, 14.4.1945.

2/ ZPA der KPÖ, Wiener Landesparteitag am 9./10.3.1946, Bericht von Josef Lauscher, S. 2; Lauscher, Josef: Die Wiener Kommunisten in den Kampftagen. Erinnerungen aus den Befreiungstagen, in: *Österreichische Volkstimme*, 13.4.1946, S. 4; Von 1934 bis 1946. 12 Jahre Kampf für Freiheit und Demokratie. Referat des Genossen Friedl Fűrberg (Sekretär der KPÖ) auf dem 13. Parteitag der KPÖ als Bericht über die Arbeit seit dem 12. Parteitag (1934), hg. vom Zentral-Komitee der KPÖ. Wien 1946, S. 24.

3/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Antifaschistische Volksfront und „demokratische Republik“. Die Exilkonzeptionen der Kommunistischen Partei Österreichs vor dem Hintergrund der sowjetischen Österreichpolitik, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 41–76, hier S. 69 und 72f.

4/ Fischer, Ernst: Der Weg der Provisorischen Regierung, in: *Weg und Ziel*, 4. Jg. (1946), Nr. 1, S. 1–12, hier S. 3.

5/ Ebd., S. 5.

6/ Vgl. dazu Mugrauer, Manfred: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: StudienVerlag 2006.

7/ Fischer, Ernst: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Wien, München, Zürich: Molden 1973, S. 142.

8/ ZPA der KPÖ, Heinrich Klein: KJV 1938–1945, o.D. [1948], S. 2.

9/ WStLA, Historische Kommission 1945, Nr. 176, Otto Langbein.

10/ Exemplarisch: VGA, Neues Parteiarchiv, PN2/39, Österreichische Freiheitsfront Penzing, Abt. Selbstschutz, 11.5.1945.

11/ ZPA der KPÖ, Karl Steinhardt: Lebenslauf, o.D. [1945], S. 2.

12/ ZPA der KPÖ, Österreichische Freiheitsfront, Wien, f. d. Leitung Richter [Josef Lau-